



Deeskalation oder Sonderkommission?

Zum Umgang mit verfestigt autonomen Szenen in deutschen Großstädten

Tim Segler

- › Autonome aus Hamburg und Bremen fielen in den letzten Jahren besonders durch ihr hohes Radikalisierungs- und Gewaltpotenzial auf. Neben Berlin verfügt Leipzig über die bundesweit am stärksten verfestigte und aggressivste Hausbesetzerszene.
- › Für die Polizei- und Ordnungsbehörden in deutschen Großstädten bleiben Spontandemonstrationen und -angriffe die größten Unsicherheitsfaktoren.
- › Zur Normalisierung der Zustände zeichnen sich keine klaren Handlungsstrategien von Stadt- und Bezirksregierungen in Übereinstimmung mit der Polizei ab.
- › Erfahrungen aus jahrzehntelang gefestigten „Hot Spots“ wie Berlin und Hamburg sind auf andere Großstädte übertragbar.
- › Kommunale Umfeldpolitik kann begünstigend oder eindämmend auf das Entstehen subkultureller Milieus wirken, muss sich jedoch angesichts konkreter Bedrohungen für Leib und Leben an der Realität messen lassen.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Autonome in Großstädten außer Kontrolle? | 2 |
| Berlin – Abwehrkampf um verbliebene autonome „Freiräume“ | 4 |
| Ist die autonome Szene in Hamburg auf dem gewaltsamen Vormarsch? | 5 |
| Autonome Zentren als wichtige Symbol- und Rückzugsorte | 5 |
| Bremen als (neuer) Hort militanter Gewalt | 5 |
| Gegenmaßnahmen zwischen Deeskalation und Repression | 6 |
| Stigmatisierung von Stadtvierteln? –Die Grenzen kommunaler Umfeldpolitik | 6 |
| Impressum | 10 |

Autonome in Großstädten außer Kontrolle?

Kaum war das Jahr 2022 in Bremen eingeläutet, warfen unbekannte Täter auf das Gelände des Raumfahrtunternehmens „Orbitale Hochtechnologie Bremen“ (OHB) mehrere Brandsätze und verursachten einen Sachschaden von mehr als einer Million Euro. „Autonome Antimilitarist*innen“ bekannten sich zu der Tat. Sie gaben an, ein Zeichen gegen den „Rüstungskonzern“ und „Frontex-Lieferanten“ setzen zu wollen.¹ Was sonst durch unruhige Silvesternächte in Leipzig und Berlin zum alljährlichen Neubeginn gehört – wobei sich in den letzten Jahren Brandanschläge² und massive Zusammenstöße zwischen der Polizei und lokalen Linksextremisten häuften³ –, erreicht jetzt auch stärker andere Großstädte wie Bremen. Die Stadt ist mit einer neuen Qualität linksextremer Gewalt konfrontiert. Allein 2020 gab es 51 Sachbeschädigungen oder Brandanschläge durch Linksradikale. Insbesondere Gebäude und Fahrzeuge von Polizei, Bundeswehr und Unternehmen⁴ wurden attackiert.⁵

Neue Qualität links-
extremer Gewalt

Zunehmend geraten unbeteiligte Personen, politisch „Andersdenkende“, Vertreterinnen und Vertreter bestimmter nicht staatlicher Berufsgruppen wie Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter, Rechtsanwältinnen und -anwälte, Journalistinnen und Journalisten oder Anwohnerinnen und Anwohner ins Visier. Ende Mai 2021 verübten mutmaßlich linksextremistisch gesinnte Täter in Berlin Anschläge auf Baugruben, um die Stromversorgung bestimmter Industrieunternehmen zu treffen.⁶

Ist die Entwicklung in einigen Großstädten außer Kontrolle geraten? Hat sich die Szene verändert? Wie sollten Staat und Zivilgesellschaft auf die Gewalteskalation reagieren?

Neue Qualität linker Gewalt in einigen Großstädten

Statistische Aussagen zu örtlichen Ausprägungen des militanten Linksextremismus enthalten die Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder. Rückschlüsse auf die Größe, Struktur und Zusammensetzung der jeweiligen Szenen sind nur bedingt aus öffentlichen Quellen möglich. Dennoch können aktuelle Trends abgeleitet werden.

Abbildung:

Entwicklung des Linksextremismus in Berlin, Hamburg und Bremen

| Jahr | Anzahl von L mit Gewaltbezug | Lex. Gewalttaten Deutschland | Autonome in Berlin | Lex. Gewalttaten in Berlin | Autonome Hamburg | Lex. Gewalttaten in Hamburg | Autonome in Bremen | Lex. Gewalttaten in Bremen |
|------|------------------------------|------------------------------|--------------------|----------------------------|------------------|-----------------------------|--------------------|----------------------------|
| 2010 | 6.800 | 944 (3.747)* | 950 | 81 | 440 | 27 | 200 | 24 |
| 2011 | 7.100 | 1.157 (4.502) | 950 | 156 | 480 | 48 | 200 | 79 |
| 2012 | 7.100 | 876 (3.229) | 870 | 55 | 490 | 64 | 200 | 21 |
| 2013 | 6.900 | 1.110 (3.381) | 810 | 40 | 470 | 187 | 200 | 17 |
| 2014 | 6.900 | 995 (4.424) | 720 | 86 | 480 | 219 | 200 | 6 |
| 2015 | 7.100 | 1.608 (5.620) | 660 | 83 | 480 | 211 | 200 | 4 |
| 2016 | 7.600 | 1.201 (5.230) | 650 | 179 | 500 | 126 | 200 | 9 |
| 2017 | 7.800 | 1.648 (6.393) | 640 | 65 | 620 | 1.001 | 200 | 9 |
| 2018 | 8.200 | 1.010 (4.622) | 610 | 96 | 750 | 39 | 200 | 7 |
| 2019 | 8.300 | 921 (6.449) | 600 | 205 | 865 | 15 | 200 | 13 |
| 2020 | 8.700 | 1.237 (6.632) | 570 | 389 | 910 | 162 | 200 | 18 |

* Anzahl linksextremistischer (lex.) Straftaten bundesweit

Quelle: eigene Darstellung (Verfassungsschutzberichte 2010–2020)

Die Tabelle verdeutlicht die Anzahl der in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen erfassten Gewalttaten von 2010 bis 2020 und die geschätzte Zahl des gewaltbereiten Personenpotenzials, dessen größten Anteil Autonome darstellen, im Vergleich zur jeweiligen Anzahl deutschlandweit.

In den Stadtstaaten ist durch Teile der gewaltbereiten linksextremistischen Szene ein anhaltend hohes Gewaltniveau erkennbar. Die Covid-19-Pandemie scheint diesen Trend nicht gebremst zu haben, was der Anstieg von Gewalttaten 2020 sowohl in Berlin als auch in Hamburg und Bremen unterlegt. Zwar registrierte die Polizei bundesweit mehr Straftaten mit linksextremistischem Bezug, Gewalt wird jedoch in Großstädten häufiger angewendet, was als Radikalisierungsindiz urbaner Antifa-Szenen gesehen werden kann. Eine Sonderrolle nimmt nochmals Hamburg mit einem Höchststand an Gewalttaten im Jahr 2017 ein, was mit den Ausschreitungen um den G20-Gipfel verbunden ist. Metropolen mit einem begünstigenden Umfeld für die Ausbildung stark linkspolitischer Meinungsspektren, bestehend aus großen Universitäten, einem reichhaltigen alternativen Kulturangebot und Möglichkeiten des interkulturellen Austauschs, sind relevante Anziehungspunkte für junge Menschen als bedeutsame Trägerinnen und Träger linker Gewalt. Die Argumentationslogik der Autonomen sieht den Staat und das System in der Verantwortung für problematische Lebensumstände in deutschen Ballungszentren und leitet daraus eine notwendige Radikalisierung antiautoritärer Aktionen ab. Tatsächlich bietet der sozioökonomisch zunehmende Druck in Ballungszentren Anknüpfungspunkte für die Aktionsfelder Antikapitalismus, Antigentrifizierung, Antirepression oder Antimilitarismus.

Anhaltend hohes
Gewaltniveau

Begünstigende
Umfelder

Berlin – Abwehrkampf um verbliebene autonome „Freiräume“

In Berlin werden seit dem Jahr 2017 immer mehr Gewalttaten von weniger Szeneangehörigen begangen. Der „Kampf um autonome Freiräume“ wird von sich stärker abschottenden Kleinstgruppen und Einzelpersonen umso erbitterter und lauter geführt. Als „Erfolgsgeheimnis“ permanenter Aktionen, Konfrontationen und Provokationen gilt das Vorhandensein einer mobilisierungsfähigen linksautonomen Szene. Von den 1970er- bis zu den 1990er-Jahren bestand diese zu einem relevanten Anteil aus dem Milieu der Hausbesetzer. Berlin war permanenter Brenn- und Aktionsschwerpunkt in der Zeit nach der Deutschen Einheit. Gehörten Ende der 1990er- beziehungsweise zu Beginn der 2000er-Jahre mehr als 1.000 Personen dem autonomen Spektrum an, ist das Potenzial 2020 auf etwa 600 Personen spürbar zurückgegangen.

Berlin als permanenter Brenn- und Aktionsschwerpunkt

Qualitative Veränderungen scheinen sich auch in den traditionellsten Erscheinungsformen linker Militanz einzustellen. Großdemonstrationen wie Mai-Kundgebungen, in deren Windschatten sich die sogenannten „schwarzen Blöcke“ formieren konnten, stellen zunehmend eine Auslauform organisierter Protestkultur in der Bundeshauptstadt dar. Neue Untersuchungen aus der Bewegungs- und Protestforschung, die den Einfluss der Covid-19-Pandemie mit einem Meteoriteneinschlag auf Gruppendynamiken vergleichen, deuten einen digitalen Übergang zu einem spontan bis kurzfristigeren beziehungsweise dezidiert-schwerpunktmäßigen Mobilisierungsvorgehen an. Seit den 2010er-Jahren melden sich mehr Vertreterinnen sogenannter anarchistisch queer-feministischer Gruppen zu Wort, die insbesondere beim aufsehenerregenden Räumungseinsatz am 9. Oktober 2020 um das besetzte Haus in der Liebigstraße 34 in Berlin-Friedrichshain gegenüber 2.680 eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten erbitterten Widerstand leisteten.⁷

Neue Mobilisierungsformen

Spätestens seit diesem Zeitpunkt führt die Berliner autonome Szene einen Abwehrkampf mit Polizeikräften und Ordnungsbehörden um die letzten besetzten Objekte. Im Jahr 2021 wurden so die bekannte Szenekneipe „Meuterei“ (Ende März) im Bezirk Kreuzberg und der Bauwagenplatz „Köpi“ (Mitte Oktober) geräumt. Auch tagelang andauernde Gewaltvorfälle konnten die starke Verkleinerung des okkupierten Szeneraums nicht verhindern.

Besonders in Berlin wird das Aktionsfeld „Antigentrifizierung“ zum ultimativen Abwehrkonzept des antikapitalistischen Kampfes der Neuzeit stilisiert. Unter den Folgen extremistischer Konzepte zum Kampf gegen vermeintliche Treiber einer Gentrifizierung haben aber auch Anwohnerinnen und Anwohner und vor Ort ansässige Gewerbetreibende besonders zu leiden. Den vorläufigen Höhepunkt im Abwehrkampf markierten am 17. Juni 2021 die Ausschreitungen um eine Brandschutzbegehung in der Rigaer Straße 94. Der Vororttermin war durch das Verwaltungsgericht Berlin angeordnet worden und kann als Vorspiel einer finalen Auseinandersetzung zwischen Staatsmacht und Autonomen um die letzten symbolischen Freiräume betrachtet werden. Immer willkürlicher und unverständlicher erscheinen die mit Aktionen verbundenen Provokationen in der Kiezumgebung von Friedrichshain, die am Ende auch Aufmerksamkeit und Unterstützung außerhalb der Berliner Szene generieren sollen. In Abhängigkeit davon, ob es tatsächlich zur Räumung des symbolisch aufgeladenen Hausprojekts kommt, können sich die Aktivitäten autonomer Kleinstgruppen auf andere Stadt- oder Randbezirke verlagern. Auch die Bildung staatsferner subkultureller Netzwerke, die ein Gegenschlagennarrativ aus dem Untergrund bedienen können, erscheinen möglich.

Aktionsfeld Antigentrifizierung

Ist die autonome Szene in Hamburg auf dem gewaltsamen Vormarsch?

Eine zunehmende Gewalteskalation und die personell stetig anwachsende autonome Antifa-Szene, die sich 2020 der Größe Berlins in der Zeit nach der Wiedervereinigung annähert, bieten in Hamburg Anlass zur Sorge und zu erhöhter Wachsamkeit. In der Aufarbeitung der gewaltsamen Ausschreitungen um den G20-Gipfel, wo aus der Mitte von Demonstrationen zuletzt „schwarze Blöcke“ aufgetreten waren sowie die bemerkenswerten Anstrengungen der Ermittlungsbehörden in der Sonderkommission „Schwarzer Block“, schien es, dass die Stadtregierung den Umgang mit der gewaltbereiten Antifa-Szene und besonders dem begünstigten Umfeld autonomer Zentren überdenkt. Eng verbunden ist das Image einer alternativen oder als widerständig verkörperten Hamburger Gegenkultur mit dem Fortbestand der „Roten Flora“. Das Gebäude dient einerseits als angesehenes Jugend- und Szenetreff und Kulturveranstaltungsort für gänzlich unpolitische Besucherinnen und Besucher, andererseits aber auch als Anlauf- und Kontaktstelle der Hamburger Autonomen. Seit 1990 wird das Gebäude inmitten des Schanzenviertels durch das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz als Zentrum der autonomen Szene gelistet. Abwechselnd sind seit der Jahrtausendwende etwa anarchistische „Projekte“ beziehungsweise Anlaufstellen hinzugekommen, insbesondere das „Internationale Zentrum“ Brigittenstraße 5 („B 5“), das „Libertäre Zentrum“ (LIZ) oder das „Libertäre Kultur- und Aktionszentrum“ (LKA).

Reaktionen nach dem
G20-Gipfel 2017

Autonome Zentren als wichtige Symbol- und Rückzugsorte

Autonome Zentren sind Ausdruck der anarchistischen Vorstellung „selbst-bestimmter Freiräume“⁸ und stehen symbolisch als vermeintliche Widerstandsorte für die Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Generell besteht zur Bedeutung und Einflussgröße autonomer Zentren eine Daten- und Forschungslücke. Entsprechend ist die öffentliche Kontroverse, wenn es um den „richtigen“ politischen Umgang mit vergleichbaren Orten geht, angesiedelt zwischen deren Über- oder Unterbewertung. In Bezug auf eine verfestigte autonome Szene gilt als gesichert, dass vorhandene Zentren die bundesweite Strahlkraft für bündnisfähige antifaschistische Aktionen erhöhen, als Rückzugsräume dienen und im Sinne einer Stützpunktfunktion das Mobilisierungs- und Vernetzungspotenzial fördern können. Die Hamburger Szene ist mit ihren lokalen Anlaufpunkten aus Zentren, besetzten Häusern und Szeneläden keine abgeschottete Gemeinschaft, sondern bundesweit zunehmend vernetzt und zugänglich für neue Subkulturen. Die nach den G20-Ausschreitungen kurzzeitig offen erscheinende Zukunft der „Roten Flora“ konnte durch die Integration von Kampfsport-Event-Angeboten szeneeintern aufgefangen werden. Ein weiterer Austragungsort für „Antifa Full Contact“-Kämpfe an der Alster ist der Musikclub „Uebel und Gefährlich“.⁹

Umgang mit
autonomen Zentren

Bremen als (neuer) Hort militanter Gewalt

Die Beispiele von jahrzehntelang gefestigten „Hot Spots“ Berlin und Hamburg sowie das Erfahrungsschema militanter Aktion und staatlicher Gegenreaktion haben in den letzten Jahren unübersehbar auf andere Großstädte in Deutschland übergegriffen. Als relativ neuer Brennpunkt in der Wahrnehmung antifaschistischer Aktionen im bundesweiten Vergleich kann die Hansestadt Bremen gesehen werden. Die Stadt verfügt wie Leipzig über eine im Vergleich zur Einwohnerzahl kleine, aber gewaltaffine linke Szene.¹⁰ Gewalttaten und militante Aktionen nehmen seit dem Jahr 2015 zu.¹¹ Polizei und Verfassungsschutz schätzen das Aggressions- und Gewaltpotenzial der Szene seit mehreren Jahren als gleichbleibend hoch bis zunehmend ein. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend fortsetzen wird. Die Häufung extremistischer Anschläge, geringe polizeiliche Aufklärungsquoten (teilweise unter

Kleine aber gewalt-
affine linke Szene

zwei Prozent etwa bei Brandanschlägen)¹² sowie niedrige Hemmschwellen bei Angriffen auf Personen machen das Aufbrechen militanter Strukturen durch Sicherheits- und Ordnungsbehörden als erste Priorität einer Handlungsstrategie der Normalisierung notwendig.¹³

Gegenmaßnahmen zwischen Deeskalation und Repression

Auf die Vehemenz verübter Straftaten und der Verlagerung von Gewalt auf unbeteiligte Personen reagierte etwa die Polizei Sachsen im November 2019 mit der Gründung einer Sonderkommission Linksextremismus (Soko Linx) im Landeskriminalamt.¹⁴ In Bremen sind Ermittlungsressourcen ebenfalls im Jahr 2019 nach gehäuften Brandanschlägen mit der gebildeten Ermittlungsgruppe „Feuer“ verstärkt und anknüpfend an den OHB-Silvesternachtschlag nochmals zur „Sonderkommission Linksextremismus“ aufgewertet worden. Angestrebt wird eine Verzahnung polizeilicher Ermittlung und staatsanwaltschaftlicher Strafverfolgung.

Vereins-, Organisations- oder Betätigungsverbote durch Bundes- oder Landesinnenminister stellen in der Regel keine beziehungsweise begrenzt wirksame Mittel gegen gewachsene linksextremistische oder autonome Strukturen in Großstädten dar.¹⁵ Seit dem Inkrafttreten des Vereinsgesetzes im Jahr 1964 existiert mit dem Verbot der Internetplattform „linksunten.indymedia“ vom 25. August 2017 ein (erster) Anwendungsfall im Phänomenbereich des organisierten Linksextremismus.¹⁶ Für die Polizei- und Ordnungsbehörden bleiben Spontandemonstrationen der größte Unsicherheitsfaktor. Unübersichtlich gestalten sich bei unangemeldeten Protesten die Informationslage und Vorbereitung. Als beispielhaft für die Gefahren solcher Spontandemonstrationen in deutschen Großstädten können die unfriedlichen Drei-Tage-Proteste in Leipzig vom 3. bis 5. September 2020 gelten. Auch hier lagen meist keine Anmeldungen für Versammlungen vor, weshalb die Stadtverwaltung für die wirksame Beendigung der Proteste auf die Polizei angewiesen war.¹⁷ Nach den einschneidenden Ereignissen will die Leipziger Polizei einen deeskalierenden Kurs durch Stadtteilgespräche mit Revierführern und Dialog durch Kommunikationsteams vor Polizeieinsätzen fortsetzen.¹⁸ Die Stadt bietet Ortsgespräche mit Bürgerinnen und Bürgern als sogenannte „Stadtwerkstätten“ an.¹⁹ Leipzig ist auch hier beispielhaft zu nennen, weil das Vorgehen im Umgang mit autonomen Szenen in anderen Großstädten Vorbildwirkung hat.

Verbot der Internetplattform „linksunten.indymedia“

Deeskalation und Dialog

Stigmatisierung von Stadtvierteln? – Die Grenzen kommunaler Umfeldpolitik

Die genannten Großstädte werden bis auf Weiteres Brennpunkte linksextremer Ausschreitungen in Deutschland bleiben. Kursverschärfungen durch Stadtregierungen oder Polizei bleiben trotz zunehmender Entgleisungen aus der autonomen Szene eher die Ausnahme.²⁰ Die mediale Aufladung und lokale Begrenztheit des Phänomens urbaner autonomer Szenen zwingt zur differenzierten Betrachtung und nicht zur Pauschalisierung von Stadtvierteln als extrem gesinnte Kieze. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, die in als „alternativ“, „hipp“, „angesagt“ oder „trendig“ geltenden Großstadtvierteln leben, lehnen Gewalt ab und betrachten militanten Autonomismus nicht als Teil bunter Alltagskultur.²¹ Der sozioökonomische Umstand, dass etwa Leipzig die am stärksten und schnellsten wachsende Großstadt Deutschlands ist,²² zwingt die verantwortlichen Akteure zur schnellstmöglichen Normalisierung zumindest zeitweise entglittener Zustände. Sowohl Kommunen als auch Länder sind in den Stadtvierteln bemüht, zwischen den Polen „Härte zeigen“ (Repression) und „Hand reichen“ (Prävention) einen angemessenen Ausgleich zu finden, wobei sich Handlungsstrategien mit dem Wechsel jeweiliger Stadt- und Bezirksregierungen verändern. Besonders die Polizei versucht im Rollengeflecht kommunaler Zuständigkeit, Verantwortung des Landes

Ablehnung von Gewalt aus dem Umfeld

und der Zivilgesellschaft, eine deeskalierende Mittlerrolle einzunehmen, was allerdings von der autonomen Szene strikt abgelehnt wird.²³

Berlin, Hamburg und Bremen zeigen im Sinne einer Verfestigung von Gewalt, wie hochgradig autonome Szenen von politischer Unterstützung und einer städtischen Umfeldpolitik abhängig sind. Kommunale Ordnungs-, Wohnungsbau- und Sozialpolitik kann als sogenannte Umfeldpolitik zwar begünstigend oder eindämmend auf das Entstehen subkultureller Hausbesetzermilieus wirken, muss sich jedoch angesichts der konkreten Bedrohung für Leib und Leben angesprochener Opfergruppen an den Realitäten ihrer Wirkungsmöglichkeiten messen lassen. Der verhärtete Kern einer kleinen gewaltbereiten und kriminellen Szene wird weniger mit kommunalen Präventions-, Teilhabe- oder Arbeitsbeschaffungsprogrammen erreichbar sein. Vergleichbar mit Berlin in den 1970er- und 1980er-Jahren werden daher Teilen der politischen Führung in Bremen die anteilslose Duldung, Tolerierung bis Kultivierung militanter Aktionen vorgeworfen.²⁴ Die Möglichkeiten des (repressiven) Sicherheits- und Verwaltungsrechts bieten die Chance, verfestigte autonome Strukturen soweit einzudämmen, wo die Vorfeldarbeit universeller Sozial- und Kriminalprävention mit relevanten Zielgruppen wieder erfolgsversprechender wirken könnte. Selbst wenn der sicherheitsbehördliche Bedarf vor dem Hintergrund der Gewalteskalation akut überwiegt, dürfen Bemühungen der Prävention nicht eingestellt werden.

- 1 Vgl. Autonome Antimilitarist*innen: *Bremen: Die Feinde der Freiheit sind die unseren! Büroräume des Rüstungskonzerns OHB System AG in Flammen* (05.01.2022), in: de.indymedia.org. <https://de.indymedia.org/node/167425> (zuletzt abgerufen am 14.02.2022).
- 2 Vgl. Leubecher, Marcel: *Polizist nach Angriff notoperiert – Linksextreme als Täter vermutet* (Presseartikel, 01.01.2020), in: *Welt*. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article204698220/Krawalle-in-der-Silvesternacht-Polizist-nach-Angriff-notoperiert-Linksextreme-als-Taeter-vermutet.html> (zuletzt abgerufen am 14.02.2022).
- 3 Vgl. Landeskriminalamt Sachsen: *Brandanschlag auf Bundeswehrfahrzeuge in der Silvesternacht 2020 in Leipzig* (Medieninformation, 17.02.2021). <https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/247307> (zuletzt abgerufen am 14.02.2022).
- 4 Besonders betroffen waren in den letzten Jahren Energieversorgungs-, Bau-, Immobilien-, Automobil- und Technologieunternehmen.
- 5 Vgl. Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen: *Mäurer warnt bei Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2020: „Linksextremistische Szene nimmt eine gefährliche Entwicklung“* (Medieninformation, 10.06.2021). <https://www.senatspressestelle.bremen.de/pressemitteilungen/maeurer-warnt-bei-vorstellung-des-verfassungsschutzberichts-2020-linksextremistische-szene-nimmt-eine-gefaehrliche-entwicklung-360691?asl=bremen02.c.732.de> (zuletzt abgerufen am 02.02.2022).
- 6 Vgl. Jansen, Frank/Salmen, Ingo: *Linksextremisten bekennen sich zu Anschlag auf Tesla-Stromversorgung* (Presseartikel, 26.05.2021), in: *Der Tagesspiegel*. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/kabelbrand-bei-baustelle-in-gruenheide-linksextremisten-bekennen-sich-zu-anschlag-auf-tesla-stromversorgung/27223324.html> (abgerufen am 14.02.2022), vgl. Pfeifer, Henning: *Stromausfall in München: Bekennerschreiben aufgetaucht* (Presseartikel, 24.05.2021), in: *Bayerischer Rundfunk*. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/stromausfall-in-muenchen-bekennerschreiben-aufgetaucht,SYKIDag> (zuletzt abgerufen am 14.02.2022).
- 7 Vgl. Malachowski, Marcel. „*Es ist der Traum von kollektiver Verantwortung füreinander*“ (Presseartikel, 12.08.2020), in: *Telepolis*. <https://www.heise.de/tp/features/Es-ist-der-Traum-von-kollektiver-Verantwortung-fueinander-4868571.html?seite=all> (zuletzt abgerufen am 14.01.2021).
- 8 Sächsisches Staatsministerium des Innern: *Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2018*, Stand: Oktober 2019, S. 209. https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Verfassungsschutzbericht_2018_Web.pdf (zuletzt abgerufen am 11.01.2021).
- 9 Vgl. Leubecher, Marcel: *Kampfsport der Antifa bereitet Verfassungsschutz Sorge* (Presseartikel, 23.08.2022), in: *Welt*. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article214068746/Linksextremismus-Kampfsport-der-Antifa-bereitet-Verfassungsschutz-Sorge.html> (zuletzt abgerufen am 09.04.2022).
- 10 Vgl. Segler, Tim: *Auf dem Weg in einen neuen Linksterrorismus?*, in: *Analysen & Argumente*, Ausgabe Nr. 453/ Juli 2021. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. <https://www.kas.de/documents/252038/11055681/Linksextreme+Gewalteskalation+und+die+Antwort+der+Sicherheitsbeh%C3%B6rden+am+Beispiel+der+Leipziger+autonomen+Szene.pdf/9c5db528-69fe-ac98-be6c-1bfd07427837?version=1.1&t=1627375058755> (zuletzt abgerufen am 09.04.2022).
- 11 Vgl. Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Bremen: *Mäurer warnt bei Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2020: „Linksextremistische Szene nimmt eine gefährliche Entwicklung“* (Medieninformation, 10.06.2021). <https://www.senatspressestelle.bremen.de/pressemitteilungen/maeurer-warnt-bei-vorstellung-des-verfassungsschutzberichts-2020-linksextremistische-szene-nimmt-eine-gefaehrliche-entwicklung-360691?amp%3Basl=bremen02.c.732.de> (zuletzt abgerufen am 09.05.2022).
- 12 Vgl. Michel, Ralf: *Bremische Bürgerschaft debattiert über Linksextremismus* (Presseartikel, 17.09.2020), in: *Weser Kurier*. https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel,-bremische-buergerschaft-debattiert-ueber-linksextremismus-_arid,1934093.html (zuletzt abgerufen am 14.01.2021).
- 13 Die stärkere Verlagerung von Gewalt auf Personen ist ein Schwerpunkt einer Ausgabe von *Analysen und Argumente* aus dem Vorjahr (Vgl. Segler, Tim: *Auf dem Weg in einen neuen Linksterrorismus?*, in: *Analysen und Argumente*, Ausgabe Nr. 453/Juli 2021. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. <https://www.kas.de/documents/252038/11055681/Linksextreme+Gewalteskalation+und+die+Antwort+der+Sicherheitsbehörden+am+Beispiel+der+Leipziger+autonomen+Szene.pdf/9c5db528-69fe-ac98-be6c-1bfd07427837?t=1627375058755> (zuletzt abgerufen am 14.02.2022).
- 14 Vgl. Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung: *Innen- und Justizminister stellen Maßnahmen gegen Linksextremismus in Leipzig vor* (Medieninformation, 06.11.2019). https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/231434/download_pdf (zuletzt abgerufen am 11.01.2021).
- 15 Vgl. Brieger, *Vereinsverbotspraxis im vereinten Deutschland*, in: Backes et al. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 30. Jahrgang, Baden-Baden: Nomos 2018, S. 65–68.
- 16 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: *Der Verfassungsschutz* (Medieninformation, Ende Januar 2020) <https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/schlaglicht/schlaglicht-2020-01-bundesverwaltungsgericht-bestaetigt-verbot-der-linksextremistischen-internetplattform-linksunten.indymedia> (zuletzt abgerufen am 14.01.2021).
- 17 Vgl. Polizei Sachsen: *Bilanz der Polizeidirektion Leipzig vom 2. Bis 6. September 2020 in Leipzig* (Medieninformation, Stand 09.09.2020). https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2020_75250.htm (zuletzt abgerufen am 14.01.2021).
- 18 Vgl. Süddeutsche Zeitung, *Presseartikel* (04.02.2021). <https://www.sueddeutsche.de/panorama/polizei-leipzig-polizeipraesident-man-kann-auch-durch-staerke-deeskalieren-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210204-99-297975> (zuletzt abgerufen am 12.07.2022).

- 19 Vgl. Julke, Ralf: *Connewitzer Akteure sagen ihre Teilnahme am Stadtteilgespräch des OBM ab* (Presseartikel, 29.09.2020), in: *Leipziger Zeitung*. <https://www.l-iz.de/politik/brennpunkt/2020/09/Connewitzer-Akteure-sagen-ihre-Teilnahme-am-Stadtteilgesprach-des-OBM-ab-351462> (zuletzt abgerufen am 14.01.2021).
- 20 Vgl. „*Man wird Connewitz nicht gerecht, wenn man es Extremismus gleichsetzt*“ (Presseartikel, 04.02.2021, in: *Welt*. <https://www.welt.de/vermischtes/article225694629/Leipziger-Polizeipraesident-Man-wird-Connewitz-nicht-gerecht-wenn-man-es-mit-Extremismus-gleichsetzt.html> (zuletzt abgerufen am 11.02.2021).
- 21 Vgl. Goldstein, Patrick: *Gewalt: Brandbrief von Anwohnern der Liebigstraße* (Presseartikel, 17.11.2020), in: *Berliner Morgenpost*. <https://www.morgenpost.de/bezirke/friedrichshain-kreuzberg/article230935080/Gewalt-Brandbrief-von-Anwohnern-der-Liebigstrasse.html> (zuletzt abgerufen am 14.01.2021).
- 22 Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: *Die demografische Lage der Nation: Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind* (Stand: April 2019), S. 17ff., 61 u. 84 (abweichende Seitenzahl im Original: S. 15ff., 59 u. 82). https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/PDF/Demografische_Lage_online.pdf (zuletzt abgerufen am 14.01.2021).
- 23 „*Man wird Connewitz nicht gerecht, wenn man es Extremismus gleichsetzt*“, a.a.O.
- 24 Vgl. Amanatidou, Alexandra: „*Gewaltspirale dreht sich scheller*“: *Linksextremistische Szene immer militanter* (Presseartikel, 11.06.2021), in: *Hamburger Morgenpost*. <https://www.mopo.de/im-norden/bremen/bremens-innensenator-linksextremistische-szene-wird-immer-militanter/> (zuletzt abgerufen am 30.06.2021).

Impressum

Der Autor

Tim Segler ist Mitglied im Arbeitskreis Terrorismus und Innere Sicherheit.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Steven Bickel

Innere Sicherheit
Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3927
steven.bickel@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2022, Berlin
Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Die Printausgabe wurde bei copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin gedruckt.
Printed in Germany.
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-98574-083-3



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Bildvermerk Titelseite
© Tim, stock.adobe.com